

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 18, 5. September 2002

antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum
berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 Berlin
fon | fax: 030 . 611 62 49
mail@apabiz.de | www.apabiz.de

Einblicke

Symbole

Von Ralf Bachmann

Der Bundesgerichtshof hat über eine scheinbare Selbstverständlichkeit entschieden: Nazisymbole dürfen auch dann nicht zur Schau gestellt werden, wenn sie der „Mann auf der Straße“ nicht auf Anhieb als solche erkennt. Ausgangspunkt für das Urteil war die Frage, ob jemand straflos auf dem Jackenärmel ein schwarzes Dreieck mit Goldrand und der Aufschrift „Schlesien“ tragen dürfe, obwohl eindeutig ein zur HJ-Uniform gehörender Aufnäher als Muster diene. Das Berliner Landgericht hatte ihn freigesprochen, weil es meinte, in dem Zeichen sehe kaum noch jemand den Zusammenhang zum Original. Aber der Bundesgerichtshof erinnerte daran, dass das gesetzliche Verbot der Verwendung solcher Kennzeichen alle Formen der Wiederbelebung verfassungswidriger Organisationen und ihrer verfassungsfeindlichen Ziele unterbinden soll. Jeder Anschein, eine Revitalisierung solcher Bestrebungen werde in Deutschland geduldet, soll vermieden werden.

Da kann es nicht vorrangig um den Bekanntheitsgrad von Nazisymbolen gehen, der sich mit den Jahren verringert. Neonazis verwenden bewusst auch leicht abgewandelte NS-Zeichen. Das soll den juristischen Zugriff erschweren, ohne die „wichtige gruppeninterne Funktion als sichtbares Symbol geteilter Überzeugungen“ zu vermindern. Den Karlsruher Richtern ist an Rechtssicherheit gelegen. Einige aktuelle Urteile, erwähnt sei die richterliche Duldung von Lobpreisungen der SS, hatten gegenteilige Wirkung. Deshalb hat die Karlsruher Urteilsbegründung prinzipielle Bedeutung. Rechtssicherheit entsteht, wenn man bewusste Provokationen nicht als Bagatellen behandelt, wenn das Strafmaß den Grad der potenziellen Bedrohung der demokratischen Ordnung berücksichtigt und wenn sich politische Prozesse nicht endlos hinziehen, sondern der Zusammenhang zwischen Tat und Strafe sichtbar bleibt. Gelegenheit zu solcher Rechtskonsequenz gibt es leider fast täglich. Man muss sie im Gegensatz zum Berliner Landgericht nur nutzen.

Brandredner

Der Vorsitzende der Schill-Partei hat dem Deutschen Bundestag eine Kostprobe seiner politischen Denkrichtung serviert.

Seite 2 ■

Auf Sparflamme

Bei den Republikanern ist der diesjährige Wahlkampf von lauen Aktivitäten sowie Pannen gekennzeichnet.

Seite 3 ■

Konkurrenten am Rand

In Mecklenburg-Vorpommern buhlen drei Parteien um die Gunst der potenziellen Rechtswähler.

Seite 5 ■

Geburtstagsparty

Die rechtsextreme Dark-Wave-Band „Von Thronstahl“ konnte in der Münchner Musikhochschule aufspielen.

Seite 6 ■

Braune Unruhestifter

US-amerikanische Rechtsextreme wollen die Anti-Globalisierungsbewegung instrumentalisieren.

Seite 8 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Grauzone**Polit-Rambo**

Opposition im Hamburger Parlament fordert nach Schills Brandrede im Bundestag dessen Rücktritt als Innensenator.

Die Schill-Partei hat elf Leitlinien zur Bundestagswahl verabschiedet. Mit einem skandalösen Auftritt im Bundestag deutete der Hamburger Innensenator an, was dem deutschen Parlament blühen kann, wenn die Partei die Fünf-Prozent-Hürde überspringt. „Herr Senator, Ihre Redezeit ist abgelaufen,“ ermahnte Bundestagsvizepräsidentin Anke Fuchs (SPD) Ronald Schill ohne Erfolg. Der redete unbeirrt weiter – auch als ihm das Mikrofon abgedreht wurde – und nutzte die Debatte zur Flutopferhilfe zu vehementen Angriffen auf die Ausländerpolitik der rot-grünen Koalition. Viele Abgeordnete wähten sich während Schills Auftritt nicht im Parlament, sondern in einem Bierzelt.

Der Zweite Hamburger Bürgermeister schürte kräftig Ressentiments gegen Ausländer und Kriminelle. In seinem Vortrag, den einige Mandatsträger der Grünen und der PDS mit dem Auszug aus dem Plenarsaal quittierten, wiederholte er zahlreiche Formulierungen, die er in der Hansestadt seit zwei Jahren gebetsmühlenartig zum Besten gibt. Zentraler Punkt war der angeblich von den „Ausländern in Deutschland verfrühstückte Wohlstand“. Wegen dieser Behauptung war Schill von einem GAL-Abgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft angezeigt worden. Die zuständige Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren jedoch ein und wertete die Polemik als freie Meinungsäußerung.

Ein Freibrief, den Schill nun im Bundestag erneut verlas: Es sei kein Geld mehr da für die Fluthilfe, weil die Politiker sich darin gefallen hätten, „in den letzten Jahrzehnten mit dem Kelch der Barmherzigkeit, gefüllt mit deutschen Steuergeldern, durch die ganze Welt zu ziehen und bei irgendwelchen Katastrophen weltweit die Menschen hierher zu holen“. Jeder, der etwas dagegen gesagt hatte, sei als ausländerfeindlich diffamiert worden, polemisierte der Innensenator, der sich als Anwalt der „tüchtigen Bürger“ aufspielte. Er meinte die deutschen Bürger. Denn: „Nur ein Rabenvater lässt seine Kinder darben, während er unbekannte Gäste bewirtet.“ Deutschland sei von „unfähigen Politikern“ heruntergewirtschaftet worden. Es habe seit 1970

eine „massive Zuwanderung in die Sozialklassen gegeben“. Die Interessen der deutschen Bevölkerung seien dabei „mit Füßen getreten worden“.

In der Hansestadt herrscht Entsetzen. Nach dem ebenso peinlichen wie kalkulierten Auftritt im Deutschen Bundestag gehen jetzt auch Schills publizistische Wegbereiter, die Organe der Springer-Presse, auf Distanz. Im Bürgerschaftswahlkampf vor einem Jahr hatten die hauseigenen Blätter „Hamburger Abendblatt“, „Die Welt“ und „Bild“ den ehemaligen „Richter Gnadenlos“ mächtig gepusht. Nun bewertet „Bild“ Schills nicht enden wollende Brandrede als „Skandal“, das „Abendblatt“ kommentierte die „Stammtischparole vom tüchtigen deutschen Volk“ als „kalkulierten Anschlag, der dumpfe Stimmungen mobilisieren soll“ und „Die Welt“ warnt das bürgerliche Lager vor dem „rechtspopulistischen Rumpelstilzchen“ namens Schill: „Wer nach dem Auftritt noch glaubt, mit diesem Mann gemeinsam Politik zu machen, bewegt sich nicht mehr im demokratischen Sektor.“

Auch die Koalitionäre im Hamburger Rathaus gingen auf Distanz. Bürgermeister Ole von Beust (CDU) rüffelte den Polit-Rambo im Senatorengegend: „Für eine Rede diesen Inhalts hatte Herr Schill nicht das Mandat.“ FDP-Fraktionschef Burkhardt Müller-Sönksen sprach von einer „schwer entschuldbaren Entgleisung“. Die Opposition forderte den Rücktritt des Skandalsenators. Der Hamburger SPD-Landeschef Olaf Scholz erklärte, Schill sei „untragbar“ geworden und dürfte nicht mehr stellvertretender Bürgermeister sein. Der Gescholtene bekannte aller Kritik zum Trotz zum Inhalt seiner Rede: „Ich bin bekannt dafür, eine deutliche Sprache zu sprechen.“

Die findet sich auch in den Mitte August veröffentlichten elf Leitlinien zur Bundestagswahl unter dem Rubrum „Mit Sicherheit Schill“. Darin fordert die Partei unter Punkt 1 „ein entschlossenes Vorgehen gegen Kriminalität und ihre Ursachen“. Hierzu sollen die Strafgesetze überarbeitet und das Strafvollzugsgesetz aufgehoben werden, das die „Resozialisierung jedes Schwerverbrechers“ unterstelle. Den zweiten Schwerpunkt bildet die Ausländerpolitik, wobei die Streichung des Grundrechts auf Asyl aus dem Grundgesetz ins Auge sticht. Begründung: „96 Prozent sind Scheinasylanten“. Die anderen Leitlinien beschäftigen sich mit Bildung, Wirtschaft, Gesundheit, Tierschutz, Familie sowie Filz und Korruption. Umwelt, Finanzen und Haushalt sind kein Thema. *Volker Stahl*

Aktivitäten**Wahl ohne Kampf**

Den Republikanern droht in ihrer einstigen Hochburg Baden-Württemberg ein weiteres Fiasko.

Bei der Stadt Mannheim staunte man nicht schlecht: Gerade hatte der Ordnungsdienst 150 Wahlplakate mit Holzständer abräumen lassen. In einer Lagerhalle stapelte man die Hochglanzbilder aller Parteien zusammen, sogar die Bibeltreuen Christen hatten an verbotenen Stellen plakatiert. Nur eine Partei fehlte: Die Republikaner. Bei einer weiteren Kontrollaktion stellte man fest: In der zweitgrößten Stadt Baden-Württembergs hängt kein einziges Plakat der REP.

Die Auflösungserscheinungen der Republikaner machen sich überall bemerkbar: Wer die Internet-Seite des baden-württembergischen Landesverbandes aufruft, bekommt nur wenige Wochen vor der Wahl den Hinweis: „Seite nicht gefunden“. Der Wahlkampf 2002 findet so gut wie gar nicht statt. Parteichef Rolf Schlierer tourt durch die süddeutschen Großstädte und die bayerische Provinz. Im Terminkalender dürfte noch Luft sein. Nur einmal tritt er in der heißen Phase im „Ländle“ auf: Zwei Tage vor der Wahl in seinem ehemaligen Wahlbezirk Bietigheim.

Dabei hatten die Republikaner in den vergangenen Jahren im Südwesten wie nirgendwo sonst Stimmen eingefangen: Bei der Landtagswahl 1992 schafften sie mit 10,9 Prozent den Sprung in den Landtag, vier Jahre später zog man mit 9,1 Prozent erneut ins Parlament ein. Bei den Bundestagswahlen 1994 waren es zwar nur 3,1 Prozent und 1998 4,0 Prozent im Südwesten, doch für eine Partei mit Landesschwerpunkt durchaus zufriedenstellend.

Der K.o.-Schlag kam im Frühjahr 2001 bei der Landtagswahl: Selbstbewusst hatten sich die REP auf ein zweistelliges Ergebnis eingestellt. Doch am Ende reichte es gerade für 4,4 Prozent. Nach neun Jahren im Landtag das Aus. 81 000 REP-Anhänger, stellten Wahlforscher fest, waren einfach nicht zur Wahl gegangen. Dabei hatte im Vorfeld Parteichef Schlierer den Wahlkampf selbst in die Hand genommen und eine Werbeagentur in Österreich engagiert, die zwei Jahre zuvor bereits den Wahlkampf für Jörg Haiders FPÖ arrangierte.

Nach dem Rauswurf aus dem Landtag folgte eine weitere Niederlage in Berlin und die unvermeidliche Selbsterfleischung: Parteichef Schlierer, der einen moderaten Kurs verfolgte, wurde vor allem vom extremen Flügel um den baden-württembergischen Vorsitzenden Christian Käs angegriffen. Gegen Schlierers Wunsch wurde Käs im Juli 2001 beim Landesparteitag in Leinfelden-Echterdingen im Amt bestätigt. Doch die Erfolgswelle von Käs hielt nicht lange an: Anfang des Jahres wurde er als Landeschef gefeuert, weil hohe Summen aus der Parteikasse verschwunden waren. Die Republikaner erstatteten sogar Anzeige gegen den Anwalt aus Rottweil. Es folgten öffentliche Beschuldigungen, weitere Strafanzeigen und Gegenanzeigen.

In ganz Baden-Württemberg stellen die REP bei der Bundestagswahl nur zwei Direktkandidaten. Sie treten mit einer 20-köpfigen Landesliste an. Von den 14 REP-Landtagsabgeordneten aus dem vergangenen Jahr stehen jetzt nur noch fünf zur Wahl. Alle anderen haben die Brocken hingeworfen. Oder sie kümmern sich als Gemeinderäte um die Lokalpolitik, wie Alfred Dagenbach aus Heilbronn.

Die Republikaner verzichten nicht nur weitgehend auf den Wahlkampf, bei den geringen Aktivitäten leisten sie sich auch noch Pannen: Unter dem Motto „Zeit für Protest“ hat man eine Internetseite eingerichtet. Weil es aber ein Softwareproblem gibt, können die meisten Computer nur die Eingangsseite laden, nicht die eigentlichen Inhalte.

Es bleibt die Wahlkampfzeitung „Der Republikaner“. Hier gibt sich die angeschlagene Partei populistisch wie immer: „Steuern runter – Arbeitsplätze rauf“, heißt die schmissige Überschrift auf Seite 1. Doch dann folgen gerade mal 18 (!) Zeilen zum Thema Arbeitsmarktpolitik. Raum für konkrete Aussagen war da natürlich nicht mehr übrig, die Hetze gegen Vorschläge von rot-grün und schwarz-gelb hat den gesamten Platz verschlungen. Und auch die gewohnte Fremdenfeindlichkeit ist in dem Wahlkampf-Pamphlet ein zentraler Punkt. Die REP müsse man wählen, heißt es da, „weil die Schüler an vielen Schulen eher türkische Flüche, Gewalt und Drogen mitbekommen, anstatt lesen, schreiben und rechnen zu lernen“.

In seinem Neujahrsschreiben bekannte Rolf Schlierer: Viele hätten sich nach den Wahlniederlagen gefragt, „ob und wie man weitermachen sollte“. Vielleicht geben die Wähler am 22. September nun eine noch deutlichere Antwort. *Benny Bender*

Wahlen**Kandidaten zur Wahl****Mehrere rechtsextreme Parteien bewerben sich für den Deutschen Bundestag.**

Die NPD (1998: 0,3 Prozent) tritt in allen 16 Bundesländern mit 117 Kandidaten und 14 Kandidatinnen auf Landeslisten an. Die Spitzenplätze sind allesamt weitgehend mit Bundes- und Landesvorständlern besetzt. Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt führt die nordrhein-westfälische Landesliste an. Bundesschatzmeister Erwin Kemna rückte auf Platz 2 vor, den der Ex-Landesvorsitzende Udo Holtmann nach seiner Enttarnung als VS-Zuträger räumen musste. NPD-Bundesvize Holger Apfel tritt als Spitzenmann des sächsischen Landesverbandes an, ihm folgt der sächsische Landesvorsitzende Winfried Petzold; der zweite Bundesvize Jürgen Schön wurde dort als Nummer 7 platziert. Der dritte der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Ulrich Eigenfeld, ist Anführer der niedersächsischen NPD-Liste, ihm folgen der Landesvize und Kommunalpolitiker Friedrich Preuß sowie der Neonazi und Bundesvorständler Manfred Börm, der sich auch als Direktkandidat in Göttingen bewirbt.

In Bayern kandidiert der NPD-Landeschef und Nürnberger Stadtrat Ralf Ollert als Nummer 1, auf den Plätzen 3 und 4 findet sich das Ehepaar Bettina und Sascha Roßmüller, Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten. Der baden-württembergische Landesvorsitzende Siegfried Härle ist Spitzenkandidat der Landesliste, anschließend wurden Siegfried Weiß-Stüssgen sowie Edda Schmidt platziert. Auf der Berliner Liste steht der NPD-Pressesprecher Klaus Beier an vorderster Stelle. Der NPD-Landeschef von Berlin-Brandenburg Mario Schulz befindet sich auf Platz 2 der brandenburgischen Landesliste, weitere Kandidaten sind Joachim Mierwald und Lutz Reichel. In Bremen tritt der Landeschef Jörg Wrieden an. Spitzenmann in Hamburg ist der Landesvorsitzende Ulrich Harder, ihm folgen Peter Schäfer-Hansen und Lothar Baseler. Mit Volker Sachs und Doris Zutt führen zwei erprobte Wahlkämpfer die hessische Liste an. Spitzenleute in Mecklenburg-Vorpommern sind der Landesvorsitzende Hans-Günter Eisenecker, Lutz Dessau und Maik Spiegelmacher. Als Nummer 1 in Rheinland-Pfalz kandidiert der Landeschef und Bundesvorständler Martin Laus. Der vorbestrafte Skinhead Christian Hehl (Direktkandidat in Lud-

wigshafen/Frankenthal) wurde auf die Nummer 6 gesetzt. Listenführer im Saarland ist der saarländische NPD-Vorsitzende Peter Marx. Sachsen-Anhalt hat den Landesvorsitzenden Andreas Karl sowie Andreas Kittner und Frank Kerkhoff platziert. Der von Neonazis dominierte Landesvorstand in Schleswig-Holstein ist mit Peter Borchert (Platz 1), Jürgen Gerg (Platz 2) und Jörn Lemke (Platz 5) vertreten. In Thüringen ist der Bundesgeschäftsführer und Landeschef Frank Schwerdt Spitzenmann. Zusätzlich wartet die NPD mit 49 Direktkandidaturen auf. Der Parteivorsitzende Udo Voigt tritt im Wahlkreis Frankfurt (Oder) – Oder-Spree an; der sächsische NPD-Funktionär und Kommunalparlamentarier Uwe Leichsenring kandidiert im Wahlkreis Sächsische Schweiz – Weißeritzkreis; Doris Zutt stellt sich im Wahlkreis Lahn-Dill; der von der DVU gewechselte Stadtrat Willibert Kunkel bewirbt sich in Aachen. Als Direktbewerber treten neben anderen auch die NPD-Landesvorsitzenden Eisenecker, Harder, Wrieden, Karl, Timo Pradel, Härle und Marx an.

Die Republikaner (1998: 1,8 Prozent) haben 137 Bewerbungen (26 Frauen, 111 Männer) auf Landeslisten und 21 Wahlkreiskandidaten nominiert. Parteichef Rolf Schlierer führt die baden-württembergische Landesliste an; ihm folgt auf Platz 2 immer noch der geschasste Ex-Landesvorsitzende Christian Käs. Die Bundesvize Uschi Winkelsett ist Nummer 1 in Nordrhein-Westfalen. Spitzenkandidat der bayerischen REP ist Gottfried Schubert, in Berlin tritt der Landesvorsitzende Konrad Voigt an, in Bremen Peter Jürgen Pricelius, in Hamburg der Landesvorsitzende Thomas Nissen, in Hessen Günter Hämer, in Mecklenburg-Vorpommern Bernd Bernhard, in Niedersachsen Peter Lauer, in Rheinland-Pfalz Christel Sophie Schmidt, im Saarland der Landeschef Karl-Werner Weiss, in Sachsen die Landesvorsitzende Kerstin Lorenz, in Schleswig-Holstein Jens Gerd Steffen, in Thüringen Matthias Ritter. Unter den 21 Direktbewerbern der REP finden sich neben anderen Martin-Karl Kohlmann (Chemnitz), Mark Olaf Enderes (Hochtaunus).

Wieder zur Wahl stellt sich auch die rechtsextreme Kleinstpartei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“. Sie bietet drei Wahlkreisbewerber in Nordrhein-Westfalen (Rhein-Sieg-Kreis I und II) sowie in Niedersachsen (Braunschweig) auf. Die obskure Bürgerrechtsbewegung Solidarität tritt in acht Bundesländern mit 104 Kandidaten auf Landeslisten und 45 Direktkandidaten an.

Zusammenstellung: Gabriele Nandlinger

Wahlen

Gedrängel am Rand

In Mecklenburg-Vorpommern kämpfen drei Parteien konkurrierend um die Gunst der potenziellen Rechtswähler.

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern können die Wähler zwischen 14 Parteien entscheiden. „Alle gemeldeten Parteien sind vom Prüfungsausschuss zugelassen worden“, erklärt Landeswahlleiter Klaus Hüttebräuker. Unter den Parteien, die sich um die 1,42 Millionen Stimmberechtigten am 22. September bemühen, sind die Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei), die NPD und die Republikaner (REP). Alle mit unterschiedlichen Hoffnungen.

„Wir wollen auf jeden Fall als vierte Kraft in den Landtag, um so zum politischen Wechsel in Schwerin beizutragen“, betont der Schill-Partei-Landeschef Helmut Schmidt. Auf der Wahlkampfveranstaltung in Wismar am 27. August schraubt Schmidt, selbst auf Listenplatz 2, die Erwartungen jedoch von zehn auf fünf Prozent zurück. Über Prozente spekuliert Ronald B. Schill als Redner bei der Veranstaltung nicht. Stattdessen verspricht der Bundesvorsitzende, der sowohl für den Schweriner Landtag, als auch für den Berliner Bundestag in dem Bundesland um die Wähler wirbt, mit dem Hamburger-Modell: „Die alten Parteien haben den Staat zur Beute gemacht. Das muss sich ändern. Eine gut funktionierende Koalition wie in Hamburg würde auch Mecklenburg-Vorpommern gut tun“. Die umworbene CDU reagierte bereits. Wenn die Schill-Partei mit einer „überzeugenden Mannschaft“ antritt, meint CDU-Spitzenkandidat Eckardt Rehberg, könnte ein Regierungswechsel gelingen. Was für die Union auf Bundesebene tabu ist, ist auf Landesebene eine Option.

Im dritten Anlauf war der Schill-Partei im Mai die Gründung des Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern mit über 400 Mitglieder gelungen wie auch die Erstellung der Landesliste. Gleich danach trat aber ihr Spitzenkandidat Wolfgang Eckert zurück. „Aus privaten Gründen“, versichert der Vorsitzende der Kassen-Landesvereinigung. Nun hofft die Partei mit einem Kompetenzteam um Schmidt, dem auch der Präsident der Industrie- und Handelskammer Schwerin, Hansheinrich Liesberg, und der Leiter der Polizeiinspektion Schwerin,

Walter Schuldt, angehören, Zustimmung zu finden. Für die Wahl hat der Landesverband das Law-and-Order Programm um regionale Aspekte erweitert.

Während die Schill-Partei vor allem mit Veranstaltungen ihres Bundesvorsitzenden um die rechte Wählergunst wirbt, zieht die NPD durch die Städte. Gedeckt vom Parteien- und Wahlrecht marschiert der etwa 350 Mitglieder starke Landesverband bis zum Wahltag unter anderem zu ihren Wahlkampfthemen „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“ und „Volkswirtschaft statt Globalisierung“ in Greifswald und Schwerin auf. Mit dem Motto „Volk – statt Multikultiwahn“ will die rechtsextreme Partei am 14. September in Rostock ein „Pressefest“ veranstalten. Wahlkampfhilfe erhalten sie, nach eigenen Bekunden, von der NPD-Schleswig-Holstein und den Freien Kameradschaften aus Mecklenburg-Vorpommern. Auf deren Website wird auch für sie geworben.

Die NPD bestimmte schon auf dem Landesparteitag vom 20. Oktober 2001 ihren Landesvorsitzenden Hans Günter Eisenecker und die stellvertretenden Chefs Maik Spiegelmacher und Lutz Dessau zu ihren Spitzenkandidaten. Auf wie viel Prozent der Stimmen die NPD hofft, verrät sie nicht.

Weniger offensiv als die Konkurrenz führt der etwa 100 Mitglieder große REP-Landesverband seinen Wahlkampf. „Wir sagen, was Sie denken und tun, was Sie wollen!“ verkünden sie. Groß aufgetreten sind sie mit ihren Deutsche-zuerst-Parolen in dem Bundesland aber noch nicht. Dafür erklären sie auf ihrer Website, dass „seit einem guten Jahrzehnt den verdrossenen Deutschen ständig (mit) Neugründungen wie Stattpartei, BFB, DVU und zuletzt Schill-Partei neue Scheinalternativen vorgegaukelt“ würden. Insbesondere den „großen Zampano Schill“ greifen die REP an, dessen Skandale auf einer Extraseite aufgeführt werden. Nur sie seien das „Original“, betonen die Republikaner. Auf Platz 1 und 2 der REP-Landesliste kandidieren Wilfried Walter und Heinz Hofmann.

Bei der letzten Landtagswahl 1998 erhielten die extrem rechten Parteien 4,5 Prozent der Stimmen: Die DVU lag bei 2,9 Prozent, die NPD bei 1,1 Prozent und die REP bei 0,5 Prozent. Laut einer aktuellen Emnid Umfrage würden bei der diesjährigen Landtagswahl die „rechtsextremen Parteien“ zusammen 3 Prozent der Stimmen vereinen können. Die Schill-Partei liegt einer aktuellen Umfrage zufolge bei 2 Prozent. *Andreas Speit*

Aktivitäten

Gothics ehren Leni

Die Dark-Wave-Band „Von Thronstahl“ feierte in der Münchner Musikhochschule Leni Riefenstahls 100. Geburtstag.

Seit Wochen wurde bereits auf einschlägigen Websites für das braune Geburtstagsfest getrommelt, den Ort hielt man freilich bis zuletzt geheim, um etwaige „Saboteure und Störenfriede“ fernzuhalten. Vom Großraum Starnberg – also nahe Riefenstahls Residenz in Pöcking – und einer Feier in einer privaten Villa war in der Ankündigung zu lesen. Letztlich tauchten etwas mehr als 100 rechte Gothics am 23. August in der staatlichen Hochschule für Musik und Theater am Münchner Königsplatz auf. Angemeldet hatte die Feier ein Mann, der sich demnächst wegen Volksverhetzung vor Gericht verantworten muß: Werner Symanek aus Bingen, Betreiber des Verlag und Agentur Werner Symanek (VAWS). Von Thronstahl-Sänger Josef Klumb beantragte wiederum die Veranstaltung beim Kreisverwaltungsreferat (KVR).

„Wenn eine Künstlerin ... ihren nunmehr 100. Geburtstag feiert, dann müssen Vorbehalte und Kritiken einmal höflichst verstummen, und die Moral sich der Kunst wieder unterordnen, um diese 100 Jahre in ihrer Vielschichtigkeit einmal ungestört frei atmen zu lassen“, wurde in der Ankündigung verlautbart. Für das Geburtstagsständchen unter dem Motto „100 Jahre und in Ewigkeit“ wurde einiges aufgefahren: Sektempfang, kaltes Buffet und eine Ausstellung („Neue Sculpturale Kunst“). Darüber hinaus war eine Laudatio vorgesehen sowie die Präsentation einer neuen Riefenstahl-CD. Höhepunkt des Abends sollte das Konzert der Bands „Von Thronstahl“ und „The Days Of The Trumpet Call“ sein. Die Kartenvorbestellung für die Riefenstahl-Hommage wurde über den VAWS abgewickelt. Die Fans, die sich im Vorfeld eine Karte besorgten, mussten ihre Telefon- oder Handynummer angeben und wurden erst am Konzertabend über den genauen Veranstaltungsort unterrichtet.

Auf das äußere Erscheinungsbild der Fans versuchte man mäßigend einzuwirken: „... politische Provokationen oder das Tragen gesetzwidriger Kennzeichen ... sind untersagt.“ Angesagt war unter anderem: „20-40er Jahre Chic, Tracht oder gehobener Gothic-Style.“ Werner Symanek hatte bei

der Musikhochschule eine CD-Präsentation und Geburtstagsparty beantragt, ohne freilich anzugeben, wessen Geburtstag man zu feiern gedenke.

Bereits 1996 publizierte Symanek eine CD zu Ehren von Hitlers Regisseurin, an der federführend auch Klumb mitwirkte. Der Titel der neuen Riefenstahl-CD aus dem Hause VAWS: „Geliebt, verfolgt, vergessen“. Das Verlagsprogramm beinhaltet ein Sammelsurium an rechtsextremer, okkult-verschwörungstheoretischer Literatur. 2001 stellte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen fest, der VAWS verkaufe „Bücher, Videos und CDs mit zum Teil revisionistischen Inhalten wie der Kriegsschuldleugnung.“ Symanek, Mitglied der einschlägig bekannten Gesellschaft für freie Publizistik, muss sich zusammen mit Mitarbeitern demnächst vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft in Mainz ermittelt wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass.

Josef Klumb, der seit 1994 für den VAWS arbeitete, ist seit Jahren ein Protagonist des rechten Flügels der Dark-Wave/Gothic-Szene. Mit Formationen wie „Forthcoming Fire“ und „Weissglut“ geriet er öfters in die Schlagzeilen. Aus seinem Faible für den esoterischen Antisemiten Jan van Hel-sing alias Jan Udo Holey, Autor der indizierten „Geheimgesellschaften“, macht er kein Hehl. Selbst mit „Absurd“, der NS-Black-Metal-Band des „Satanmörders“ Hendrik Möbus, arbeitete Klumb zusammen. Als Autor trat er in der Zeitschrift „Sleipnir“ in Erscheinung. Antisemitische Töne waren jetzt auch in der Konzertankündigung zu lesen. Man verwies dort auf einen Riefenstahl-Geburts-tagsartikel eines „Schreiberling mit dem aussagekräftigen Namen HENRYK GOLDBERG“, in dem es mal wieder heftig in Richtung „MORAL“ gehe.

Die Musikhochschule befindet sich im so genannten Führerbau, wo diverse NS-Größen ihre Büros hatten und 1938 das Münchner Abkommen unterzeichnet wurde. Hochschulrektor Robert M. Helmschrott zeigte sich gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ fassungslos: „Das ist eine Katastrophe, ich bin bestürzt und entsetzt.“ Das KVR will keine Verantwortung für den Vorfall übernehmen. KVR-Sprecher Sebastian Groth: „Wir haben keine Möglichkeiten auf verfassungsschutzrechtliche Informationen zurückzugreifen.“ An den Verfassungsschutz hätte man sich freilich gar nicht wenden müssen. Es hätte vollauf gereicht, eine beliebige Suchmaschine mit den Namen Symanek und Klumb zu füttern.

Roland Lory

Aktivitäten

Horst Mahlers Kampf

Die Akteure des Deutschen Kolleg propagieren ein Viertes Reich. Parteien sind verboten und es soll ausdrücklich keine Demokratie sein.

Andere fabulieren vom Vierten Reich. Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen, die drei Macher der Internetseite Deutsches Kolleg, haben sich hingesetzt und einen ausführlichen Text „Zur heilsgeschichtlichen Lage des Deutschen Reiches“ erarbeitet, in dem sie die Grundrisse dieses Reiches entwerfen. Die Autoren haben „lange nach größeren Geistern gesucht, die die Lage des Deutschen Volkes und seines Reiches klarer erkennen“ als sie selbst, haben aber keine gefunden. Also mussten sie selbst ran!

Oberlercher steuert eine viele Seiten lange Verfassung des Vierten Reiches bei. Es soll ein Kaiserreich mit den „Hauptorten“ Berlin, Wien, Zürich und Rotterdam sein. Parteien sind verboten. Das ganze läuft auf einen Militärstaat hinaus. Ausdrücklich ist das nach Stämmen und Ständen gegliederte Vierte Reich keine Demokratie. Das „Reichsvolk“ kann sich am Computer an der politischen Willensbildung beteiligen, denn „die elektronische Kommunikationstechnik ermöglicht die Wiederbelebung des germanischen Things“. Es gibt einen Reichsarbeitsdienst, eine Reichstheologie, ein Reichsdiktatargesetz, Reichsreliquien, eine ganze Anzahl von Reichseiden und die Reichsfarben schwarz/weiß/rot (neben schwarz/rot/gold). Der Text trägt das symbolträchtige Datum „9. November“ (wahlweise der Tag des Hitlerputsches 1923 oder der Tag des Mauerfalls).

Diesem Reichsverfassungsentwurf (RverfE99) stellen die drei „Reichsbürger in Geschäftsführung ohne Auftrag“ eine Bittschrift mit Aufstandsplan an die Deutschen Fürstenhäuser voran, auf dessen letzter Seite Platz für die Unterschriften des Renegaten-Trios ist. Nein, Unverbindliches haben die Drei im Sommer 2002 nicht ins Netz gesetzt: „Der Kampf für Deutschland hat jetzt ein klares Ziel“.

Horst Mahler steuert noch eine Einleitende Betrachtung zur Skizze für eine Reichsordnung bei, die er gleich doppelt symbolisch datiert (9. November und 4. Juni; die „Bewegung 4. Juni“

schwamm im Kielwasser der von Mahler mitgegründeten Roten Armee Fraktion). In diesem Text und der Heilsgeschichtlichen Lage gelingt dem Reichs-Trio tatsächlich etwas historisch Neues: Die Autoren nehmen, völkisch argumentierend und zugleich kritisch, Bezug auf Hitler und „Mein Kampf“, und spinnen Hitlers Gedanken weiter. Unter dem Titel „Volk und Rasse“ beziehen sie sich auf das gleichnamige Kapitel in „Mein Kampf“, ohne allerdings diese Quelle zu nennen. Hitlers „Schlagwort von ‘Volk und Rasse’ erweist sich“ für das Trio als einseitig und deshalb unwahr; richtig müsse es heißen „Volk, Geist und Rasse“. Der Kampf gegen die Juden müsse, so an anderer Stelle, ein geistiger Kampf sein. Das Wort „Rasse“ dürfe aber trotzdem nicht zum „Unwort“ werden, denn sonst könne man „Neger“, „Schlitzaugen“ und „Itzigs“ nicht mehr als Fremde erkennen.

■ „Germanischer Thing“ über den Computer ■

Statt den geistigen Kampf gegen die Juden zu führen, habe Hitler, so das Trio, zu wissenschaftlich-positivistisch gedacht, zu jüdisch, wie das Trio meint: „Hitler hat sie ((die Reichsidee)) dann vollends verdorben, indem er – der exterminatorischen Logik der jüdisch geprägten Moderne folgend – große Teile der Bevölkerung als ‘undeutsch’ aus der Volksgemeinschaft ausschloss, anderen – fremdvölkischen – Teilen den Schutz des Reiches entzog und sie so friedlos machte. Die Volksgemeinschaft verkam zu einer Bürger- und Rassenkriegsmaschine.“ Statt Hitlers Tyrannei wollen Mahler, Meenen und Oberlercher offenbar eine Art Erziehungsdiktatur, die den germanischen Kampf gegen die Juden mit geistigen Waffen austrägt.

Nach dieser Kritik kann Hitler wieder rehabilitiert werden. Ein „Entdämonisierungsgebot“ besagt, dass „dem Deutschen Volke die Dämonisierung der Person Adolf Hitlers sowie die Horrifizierung des Nationalsozialismus als Waffe der fortdauernden psychologischen Kriegsführung der Siegermächte und ihrer Vasallen bewusst zu machen“ sei (Bittschrift). Denn, dass Hitler ein großer Mann war, steht für Horst Mahler außer Zweifel: „Die Heroen der Zeitalter spotten der Gerichtsbarkeit von Konsistorial- und Schulräten. Wer will einen Alexander, einen Julius Cäsar, einen Napoleon, einen Stalin oder einen Adolf Hitler richten? Was vermag der endliche Geist gegen den absoluten Geist?“

F.P. Heller

Ausland**Unfriedensstifter**

Die US-amerikanische extreme Rechte klinkt sich in die Anti-Globalisierungsbewegung ein. Eine Zusammenarbeit findet auch mit der NPD statt.

In den Wochen vor dem G8-Treffen im kanadischen Kananaskis, Alberta, im Sommer dieses Jahres hatte ein Grüppchen von Globalisierungsgegnern Gewalttaten bei den zu erwartenden Protesten im nahe gelegenen Calgary angekündigt. Hinter dem hauptsächlich virtuell bestehenden Anti-Globalism Action Network (AGAN) scheint sich allerdings eine Vorfrontorganisation der umtriebigen US-amerikanischen Organisation National Alliance (NA) zu verbergen. Schon der Begriff „Globalismus“, der vielfach im rechtsextremen Kontext für die Macht eines gesichtslosen (jüdisch dominierten) Großkapitals, für „amerikanischen Kulturimperialismus“ und für einen „multirassischen Genozid“, der „von Washington, Wall Street und Hollywood“ angeblich angestrebt wird, steht, lässt aufhorchen.

Listigerweise hat AGAN eine Internetpräsenz angemeldet, die bis auf die Länderkennung (.com statt .ca) identisch mit der Domain kanadischer Globalisierungskritiker ist. Doch bereits ein Blick auf die AGAN-Homepage lässt eine positive Einstellung zur rechtsextremen National Alliance erkennen, die als „kontroverse Organisation weißer Nationalisten“ beschrieben wird. Unter der Überschrift „Die National Alliance. Bekämpft Globalismus und die Neue Weltordnung seit 1974“ wird für die Organisation geworben. Im Angebot bei AGAN sind auch Downloads verschiedener Radiosendungen der National Alliance-Serie „American Dissident Voices“ in MP3-Format. Die National Alliance war 1974 von dem kürzlich verstorbenen ehemaligen Physikprofessor und bekennenden Nationalsozialisten William Pierce (BnR 16/02) gegründet worden und gilt heute als die bedeutendste rechtsextreme Organisation in den USA mit zahlreichen Untergruppen in den USA und Kanada.

Zwar beteuert AGAN, das sich selbst als „ad-hoc Zusammenschluss von Anti-Globalismus Aktivisten“ bezeichnet, seine Unabhängigkeit von der National Alliance. In einer undatierten Presseerklärung wird dann der „mutige Schritt“ verteidigt, einen Link zur National Alliance Kanada zu setzen. Gleichzeitig be-

tont AGAN, dass die NA seit ihrer Gründung gegen „freien Handel“ und „zionistische Aggression“ kämpfe. Ebenso weist man auf die kürzlich von der NA organisierten Proteste „für palästinensische Selbstbestimmung“ vor der israelischen Botschaft in Washington, DC, hin. „Während die meisten Leute in der Anti-Globalismus Bewegung zweifellos starke ideologische Differenzen mit der National Alliance haben, sind deren Verdienste um den Anti-Globalismus nicht zu leugnen“, äußert sich ein Anthony Phillips auf der Internetseite der AGAN. Die vorgegebene Unabhängigkeit von der NA wird auch dadurch unglaublich, dass die AGAN-Domain auf die National Alliance Kanada zugelassen ist.

Schon zu den ersten gewalttätigen Antiglobalisierungsprotesten im Jahre 1999, beim so genannten „Battle in Seattle“, hatten amerikanische Rechts-extremisten und insbesondere die National Alliance mobilisiert. Der Mitgliederkoordinator der NA, Billy Roper (vgl. BnR 16, 17/02) zeigt sich folgerichtig auch sehr interessiert daran, globalisierungskritische Jugendliche für seine Organisation zu gewinnen: „Wir sehen, dass viele gutmeinende weiße Jugendliche von den kontrollierten Medien und dem Establishment einer Gehirnwäsche unterzogen werden und natürlicherweise rebellieren. (...) Wenn sie einmal entdeckt haben, dass weiße Nationalisten auch antikapitalistisch, anti-Establishment und pro-Umwelt sind, beginnen sie zu verstehen, dass wir die wahren Revolutionäre sind“.

■ „Kampf gegen die Neue Weltordnung“ ■

Louis Beam, als Verfasser der Strategie des „führerlosen Widerstandes“ (leaderless resistance) unter Rechtsextremisten nach wie vor sehr angesehen, hatte auf seiner Homepage die Proteste von Seattle verteidigt und dankte allen Teilnehmern dafür, „seinen Kampf zu kämpfen“. „Während einige des so genannten rechten Flügels zuhause sitzen und reden und darauf warten, dass sie der Polizeistaat holt, waren andere wirklich mutige Menschen draußen und haben sich dem Polizeistaat entgegengestellt. Anstatt Waffen zu horten, die nie benutzt werden, haben diese Menschen sich mutig den Gewehren der Neuen Weltordnung gestellt“. Beam hebt hervor, dass es diese jungen Menschen seien, unbenommen ihrer politischen Überzeugung, die in seinem Sinne „gegen die schleimigen Unternehmensinteressen des freien Handels zu Lasten der freien Menschen“ kämpfen. Der Pontifex Maximus

der rassistischen World Church of the Creator (WCOTC), Matt Hale, zeigt ebenfalls großes Interesse an der Anti-Globalisierungsbewegung und stellt klar, dass für ihn Organisationen wie die WTO oder die Weltbank nur verlängerte Arme der „Jew World Order“ seien. Informationen der Anti-Defamation League zufolge soll Hale gar während der Unruhen in Seattle gesehen worden sein.

Auch für die NPD in Deutschland, die mit der National Alliance freundschaftlich verbunden ist, ist Globalisierung zu einem Kampf- und Propagandabegriff ersten Ranges geworden. Der NPD-Partei-vorsitzende Udo Voigt wartete in einer Presseerklärung vom 13. September 2001 mit der interessanten wie aufschlussreichen Aussage auf, die NPD werde „sich an die Spitze einer neuen deutschen Friedensbewegung und aller Globalisierungsgegner setzen“. Wie die Globalisierungsgegnerschaft von extrem rechts aussieht, veranschaulichte Voigt in seiner Ansprache am 1. Mai 2002 auf einer unter dem Motto „Arbeit statt Globalisierung“ stehenden Demonstration in Dresden. Es gelte, „den Nationalstaat zu stärken, damit die Interessen des Volkes wieder Vorrang vor den Interessen des Kapitals und der Konzerne erhalten“ um danach klarzustellen: „Und wir verstehen unter dem Begriff 'Volk' keine euro-afro-asiatische Mischbevölkerung der BRD, sondern alle Angehörigen des Deutschen Volkes!“. Weiter führt Voigt aus: „Unsere Antwort auf die Globalisierung heißt Re-Nationalisierung und Schaffung einer raumorientierten Volkswirtschaft, welche die sozialen und ökonomischen Belange mit den Bedingungen von Land, Volk und Ökologie in Übereinstimmung bringt und den Menschen einen sicheren Arbeitsplatz in seiner angestammten Heimat verschafft“. Er appelliert an „alle, die Ihr noch Deutsche bleiben wollt“: „Setzt ein Signal gegen die Vasallen fremder Mächte ...!“.

Das rechtsextreme Deutsche Kolleg geht in einem von Reinhold Oberlercher verantworteten Text mit dem Titel „Verurteilung der Menschenrechte“ soweit, die Menschenrechte gänzlich abschaffen zu wollen, da sie die „Ideologie des Globalismus“ seien: „Alle großen und schamlosen Verbrechen der Gegenwart, allen voran jene der Vereinigten Staaten von Amerika, geschehen im Namen der Menschenrechte. Die Menschenrechte sind die Ideologie des Globalismus der USA und ihrer Helfershelfer. Jedes Volk und jeder Staat, der dieser Macht des Bösen nicht hörig ist, wird mit dem Menschenrechts-Ideologem angegriffen und mit Krieg überzogen“.

Rechtsextremisten, die mittlerweile als schärfste Kritiker und Gegner des Prozesses der Globalisierung auftreten, globalisieren sich ihrerseits selbst. Internationale Vernetzung stärkt die rechtsextreme Infrastruktur, erleichtert die Produktion und den Vertrieb von Propaganda und wirkt nicht zuletzt positiv auf die Motivation der einzelnen Akteure, die sich als Teil einer sie und ihr Land weit übersteigenden „großen“ Sache sehen können. In einem Interview mit dem in der deutschen Szene weit verbreiteten Neonaziblatt „Zentralorgan“ bestätigte William Pierce, der dort als „besonderer Freund des deutschen Widerstandes“ bezeichnet wird, im Hinblick auf die deutsch-amerikanische Kooperation diese Einschätzung: „Da beide Seiten von einem Zusammenwirken über die Grenzen hinweg nur profitieren können und sich die technischen und sonstigen logistischen Mittel dafür in den vergangenen Jahren erheblich vergrößert haben, steht einer Ausweitung der Zusammenarbeit nichts im Wege. Das ist in unser aller Sinn“.

Transatlantische Kooperation findet im Übrigen schon seit längerer Zeit statt. Als die National Alliance am 2. April vergangenen Jahres vor der deutschen Botschaft in Washington eine Demonstration gegen das Verbot der NPD, für die Freilassung von Hendrik Möbus und für „freie Meinungsäußerung“ in Deutschland durchführte, waren auch die NPD-Funktionäre Jürgen Distler und Jens Pühse zugegen.

Thomas Grumke

Hinweis

Berlin – „Rechtspopulistische Strömungen in Europa“ lautet das Thema einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung am 10. September. In mehreren Ländern Europas sind rechtspopulistische Parteien an der Regierung beteiligt, so in Österreich, Italien, den Niederlanden. Die Dansk Folkeparti konnte mit ausländerfeindlicher Rhetorik zur drittgrößten Partei in Dänemark aufrücken. Auf der Konferenz sollen die Hintergründe des Rechtsrucks in den Mitgliedstaaten der EU, die Gefahren für die weitere europäische Vertiefung und Erweiterung sowie mögliche Gegenstrategien diskutiert werden. Die Eröffnungsrede hält der SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer. Refererenten sind namhafte Vertreter aus Wissenschaft, Journalismus und Politik. Tagungsort: Kreditanstalt für Wiederaufbau, Charlottenstraße 33, 10117 Berlin; 10.30 bis 17.00 Uhr. **Informationen:** Anne Seyfferth, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin, Tel. 030/26935 816, Fax -/26935-853; E-Mail: anne-seyfferth@fes.de

Hintergrund

Tiefbraune Spuren

Vor 40 Jahren versuchte die Bundesregierung, NS-belastete Juristen im Staatsdienst durch Frühpensionierung loszuwerden. Nur wenige waren dazu bereit.

Um die frühe Geschichte der Bundesrepublik zu verstehen, kann es hilfreich sein, Jahrestage zu rückblicken zu nutzen. So hat es bei allen Berufsgruppen Jahrzehnte gedauert, ehe sie damit begannen, ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten. Die Ärzte brauchten bis in die 80er Jahre, die Historiker schafften es erst Anfang der 90er, die Polizei hätte sich ohne ihre Gewerkschaft GdP und einzelne Polizeipräsidenten nie auf diesen steinigen Weg gemacht. Am verhängnisvollsten war diese braune Kontinuität für die Rechtsprechung. Viele Kommunisten und Antifaschisten, die während des „Kalten Krieges“ wegen ihrer politischen Überzeugung auf die Anklagebank mussten, begegneten Männern, die während der Nazizeit an Sonder- oder Militärgerichten Herren über Leben und Tod gewesen waren. Der langjährige Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Lorenz Knorr aus dem Bergischen nahe Köln, so berichtete jüngst der WDR, kam 1962 in Solingen vor ein Schöffengericht, weil er die Bundeswehrgeneräle Heusinger, Foertsch und Speidel angeblich beleidigt hatte. Dabei war es ihm nur darum gegangen, deren Nazivita offen zu legen. Seinen Richter kannte er aus Nordafrika, wo der ihn wegen „Wehrkraftzersetzung“ in eine Strafkompagnie geschickt hatte.

In diesen Tagen jährt sich zum 40. Mal das Datum, an dem das Bundesjustizministerium bekannt gab, 143 NS-belastete Richter und Staatsanwälte dürften sofort in den Ruhestand gehen – mit vollen Bezügen versteht sich. Adenauers Justizminister war damals der FDP-Politiker Wolfgang Stammberger. Er verzichtete auf nur 150 von wahrscheinlich 1118 NS-Juristen, die 13 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik richteten oder anklagten. Äußerlich fehlte an den Roben nur der Reichsadler mit Hakenkreuz, der in der NS-Zeit auf der rechten Brustseite geprängt hatte. Mehr als 3000 Juristen hatten an den gut 1000 Militärgerichten Terror verbreitet. Daneben gab es noch Sondergerichte und die ganz alltägliche „Justiz“ im gesamten Reich. Niemand war nach der Befreiung wegen seiner Vergangenheit befragt worden. Der Staat brauchte für den

Aufbau erfahrenes Personal. Er nahm, was zu bekommen war, und die Juristen freuten sich, mit offenen Armen empfangen zu werden. Einmal im Beamtenstatus, konnte ihnen nichts mehr geschehen – hieß es damals. Der Bundestag hätte die Möglichkeit gehabt, belastete Richter und Staatsanwälte in den Ruhestand zu schicken. Dafür fand sich im Parlament freilich keine Mehrheit. Im Bundesjustizministerium zog zu jener Zeit als Chef der wichtigen Strafrechtsabteilung ein Mann mit tiefbrauner Vergangenheit die Stricken: Ministerialdirigent Eduard Dreher, während der NS-Zeit Erster Staatsanwalt beim Sondergericht Innsbruck. Versteckt in einer eher harmlosen Änderung des Ordnungswidrigkeitengesetzes, machte er aus Mittätern schlicht Gehilfen, die bereits am 8. Mai 1960 in den Genuss der Verjährung gekommen waren, also kein Strafverfahren mehr zu fürchten hatten.

Ein Blick in die Personalakte Dreher und vieler anderer hoher Beamter, Richter und Staatsanwälte hätte genügt, um zu erkennen, wie viele Belastete es unter ihnen gab. Das wollte aber kaum jemand – nach Adenauers Bekenntnis aus der ersten Legislaturperiode des Bundestages, man sollte endlich mit der „Naziriecherei“ aufhören. Die DDR machte einen Strich durch die Rechnung. Obwohl sie selbst schwerst belastete mutmaßliche NS-Verbrecher wie in der medizinischen Fakultät der Universität Jena beschäftigte, wurden die BRD-Behörden unter massiven Druck gesetzt. Am 23. Mai 1957 stellte der Sekretär des SED-Zentralkomitees, Albert Norden, bei einer Pressekonferenz in Ostberlin ein „Braunbuch“ mit den Namen von 118 NS-Juristen vor, die im Justizdienst der Bundesrepublik standen. Bonn tat das „Braunbuch“ als plumpe Fälschung ab. Als aber danach alle sechs Monate jeweils weitere 200 NS-Juristen beim Namen genannt wurden, konnte Bonn nicht länger die Hände in den Schoß legen. So kam es zu dem Angebot vor 40 Jahren, das aber nur 143 annahmen.

Ein Beispiel für Starrsinnigkeit lieferte Hans Filbinger, ehe der NS-Marinerichter a.D. sein Amt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg aufgeben musste: Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein. Zuvor hatte der erste Präsident des Bundesgerichtshofes, Herrmann Weinkauff, Anpassungsfähigkeit demonstriert. Bei seinem Antritt jammerte er bereits 1950: „Noch fehlen allerdings Brüder, die ihren Platz in unserer Mitte haben sollten. Niemand wäre glücklicher als wir, wenn sie bald gemeinsam mit uns am gemeinsamen deutschen Recht arbeiten könnten“. *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen

Die Überlebenden

Ihre erste Begegnung war das Rigaer Ghetto. Der Amerikaner Steven Springfield und der Lette Alexander Bergmann engagieren sich heute für die Belange lettischer Juden. Ein Dokumentarfilm schildert ihr Leben.

Zweifellos eine ungewöhnliche, ja eine anrührende Geschichte: Zwei lettische Männer, die in ihrer Jugend die Schrecken des Ghettos von Riga und den Horror mehrerer Konzentrationslagern überlebt hatten, treffen sich nach fünfzig Jahren. Der eine lebt seit Jahrzehnten in New York, der andere kehrte 1945 nach Riga zurück.

Beide Männer, der „Amerikaner“ Steven Springfield und der „Lette“ Alexander Bergmann engagieren sich für die Belange überlebender lettischer Juden. Springfield ist Vorsitzender des Vereins „Jewish Survivors of Latvia“, Bergmann leitet den „Verein ehemaliger jüdischer Ghetto- und KZ-Häftlinge Lettland“. Aus dieser Gemeinsamkeit leitet sich der Film ab, den die Berliner Journalistin Heike Gläser über die beiden Männer gedreht hat. „Die Präsidenten“ heißt der rund 90-minütige Dokumentarfilm, der Ende August in Berlin erstmals in der Bundesrepublik aufgeführt wurde.

Das größte Verdienst des jungen Filmteams ist es sicher, diese besondere Geschichte aufgespürt und in eine Form gebracht zu haben. Ob es unbedingt ein spielfilmlanger Dokumentarstreifen werden musste – darüber könnte man streiten. Fest steht: Aus den beiden Männern, ihrer Biographie, ihrer Wiederbegegnung hätte sich mehr machen lassen als: Kamera draufhalten, Bergmann erzählt, Springfield erzählt; beziehungsweise: Kamerafahrt durch New York, durch Riga, und Bergmanns oder Springfields Stimme ist dazu aus dem Off zu hören.

An manchen Stellen haben sich Regisseurin und Filmteam offenbar von dem erfolgreichen Dokumentarfilm „Herr Zwilling und Frau Zuckermann“ inspirieren lassen – hier wie dort steht die Erinnerung zweier jüdischer Menschen, Überlebende der Shoa, sowie ihre Begegnung im Mittelpunkt. In „Die Präsidenten“ fehlt es aber leider oft an der nötigen Differenzierung: Was ist eigentlich wichtig? Und welche Geschichte soll erzählt werden?

Am 1. Juli 1941 marschierte die Deutsche Wehrmacht in Riga ein. Binnen kürzester Zeit wurde die Jüdische Gemeinde am Ort zerstört, die Rigaer jüdischen Glaubens wurden zwangsumgesiedelt. Das Ghetto von Riga ist noch heute fast vollständig als „Moskauer Vorstadt“ erhalten.

Alexander Bergmann war gerade 16 Jahre, Steven Springfield 18 Jahre alt, als sie und ihre Familien zum Umzug ins Ghetto gezwungen wurden. Es war der Beginn ihres persönlichen Leidensweges, der beide später in die Konzentrationslager Kaiserwald und Stutthof brachte. Bergmann kam von dort in das Außenlager Magdeburg des KZ Buchenwald, wo er 1945 befreit wurde. Springfield wurde auf den Todesmarsch geschickt und erlebte dort seine Befreiung. Nachdem Steven Springfield zunächst für die Rote Armee als Übersetzer gearbeitet hatte, wurde er wiederum verhaftet. Nach viermonatigem Gefängnisaufenthalt kam er frei – und beschloss, in die USA auszuwandern. Alexander Bergmann hingegen kehrte von Magdeburg aus nach Riga zurück, fand dort einen überlebenden Onkel und begann schließlich das Jurastudium. Noch heute arbeitet der über 70-Jährige als Anwalt.

Der Film zeigt allerdings nichts von der Geschichte der beiden Männer und nur wenig von der Geschichte des Rigaer Ghettos. Alexander Bergmann und Steven Springfield wandern zwar zu Beginn und am Ende des Films gemeinsam durch das verfallende Gebäude, in dem sie einst gemeinsam interniert waren; doch ihre Worte wirken nicht so stark wie es an dieser Stelle historische Aufnahmen täten.

Das größte Defizit dieses Films besteht so vor allem darin, dass er der Gegenwart den größten Raum gibt. Illustriert werden die heutigen Lebensumstände der Protagonisten, sie fahren Auto, gehen Essen oder Einkaufen, erzählen von ihren Ehefrauen – kurz: die Besonderheit ihrer beider Biographien wird ganze Filmsequenzen lang durch das Gezeigte und Erzählte banalisiert. Das ist umso bedauerlicher, als gerade Alexander Bergmann eine wichtige Rolle beim Kampf für die materielle Entschädigung osteuropäischer jüdischer Opfer der Shoa gespielt hat. Eine Verknappung und Straffung des Materials hätte dem Film gut getan, um klare thematische Akzente zu setzen. Vielleicht lässt sich das noch nachholen. *Gudrun Giese*

Näheres findet sich im Internet unter: www.die-praesidenten.com; dort gibt es auch eine Online-Ausstellung über den Holocaust in Lettland.

Demokratische Initiativen**Herausragend**

Schülergruppe wird für ihr Engagement für Toleranz und gegen Rechtsextremismus ausgezeichnet.

Es mutet etwas seltsam an, dass ausgerechnet eine Schülerinitiative sich seit einem Vierteljahrhundert dem Kampf gegen Rechtsextremismus und der Völkerverständigung widmen soll. Dennoch ist es so: Seit 1977 existiert in Bad Iburg bei Osnabrück die Gruppe „Courage zeigen – Fremdsein überwinden“. Zu ihrem 25-jährigen Bestehen wurde sie am 27. August von Bundesinnenminister Otto Schily (vertreten durch die Parlamentarische Staatssekretärin Cornelia Sonntag-Wolgast) in Berlin mit einem „Sonderpreis für herausragendes Engagement für Völkerverständigung und Toleranz“ geehrt. Der Preis ist mit 5000 Euro dotiert. Zur Feier des Tages präsentierten die Schüler in einer 75-minütigen Revue die lange und wechselhafte Geschichte ihres Projekts.

Angefangen hat alles ganz simpel: Im Jahre 1977 reiste der Gymnasiallehrer Helmut Spiering zum ersten Mal mit einer Schülergruppe nach Berlin, besuchte Museen und Gedenkstätten in der geteilten Stadt. Ein paar Jahre später begann er, die Fahrten mit einschlägigen Seminaren mit Zeitzeugen und anderen zu kombinieren. Im Anschluss an jede Fahrt erstellten die Jugendlichen Kataloge und Ausstellungen. Weil, wie Spiering sagt, „ich wollte, dass mehr übrig bleibt von der geteilten Stadt mit all ihren Widersprüchen als nur ein paar vergilbende Erinnerungen.“

Mit dem Fall der Mauer bekam die Arbeit der Schüler einen neuen Dreh: „Courage zeigen – Fremdsein überwinden“ war eine der ersten Initiativen, die sich mit den damals noch in der DDR stationierten Soldaten der Roten Armee traf. Seit Januar 1990 standen die Schüler in engem Austausch mit russischen Soldaten, besuchten sie in ihren Kasernen, später auch in Russland. So entstanden ein Film, aber auch eine Menge Freundschaften – und vor allem das Verständnis dafür, wie wichtig das deutsch-russische Verhältnis ist und wie wenig man über den anderen weiß. Der Film „Do Swidanija – Deutschland“ ist der erste der Gruppe und wurde von der Filmbewertungsstelle Wiesbaden mit dem Prädikat „Wertvoll“ versehen.

Seitdem folgte eine ganze Serie weiterer erfolgreicher Projekte: „Fremdsein in Deutschland“ heißt der bekannteste, der inzwischen in acht Sprachen übersetzt wurde – und seine Premiere 1996 im „Forum des Jungen Films“ der Berlinale hatte. Man habe dort selten einen Film gesehen, „der das, was er zu sagen hatte so klar und unmissverständlich vortrug“, konstatierte Forum-Leiter Ulrich Gregor bei der Preisverleihung. „Fremdsein in Deutschland“ verknüpft deutsche Geschichte mit aktuellen Themen: mithilfe von Interviews mit Zeitzeugen wie Artur Brauner, Günter Schabowski und Wolfgang Stresemann (dem Sohn Gustav Stresemanns) wird vermittelt, zu welchen Zeiten sich welche Gruppen in Deutschland fremd gefühlt haben. Zu den Gesprächen gesellen sich von den Schülern nachgespielte Szenen deutscher Geschichte von den 30er-Jahren bis zu den brennenden Flüchtlingsheimen in Hoyerswerda und Rostock.

Seither hat sich die Schülergruppe unter anderem der europäischen Idee gewidmet: Das Filmprojekt „Spirit in Europe“, für das die Jugendlichen von Linz bis Rotterdam reisten, versucht zu ergründen, was andere sich unter Europa vorstellen. „Der Geist von Europa“ wird nicht nur bei Gleichaltrigen gesucht, sondern auch bei Prominenten wie dem Südtiroler Reinhold Messner und in den Räumen des Europäischen Parlaments in Strasbourg.

■ Großes Lob von einem Holocaust-Überlebenden ■

Mit ihren Filmen im Gepäck und zahllosen Fragen im Kopf reisen die Jugendlichen, wann immer es geht, durch die Welt. Sie waren in Moskau, Tel Aviv, Rom und Madrid. Im Bundeskanzleramt waren sie schon – und auch beim Papst.

Wenn man mit ihnen spricht, wird aber auch deutlich, dass „Courage zeigen“ nicht nur Spaß ist. „Für mich ist das Wichtigste, dass ich hoffe, so etwas gegen den Rechtsextremismus tun zu können“, sagt die 18jährige Yasemin Can. „Aber auch wenn sich unsere Arbeit so toll anhört: Es ist auch unglaublich anstrengend.“ Das größte Lob bekam die Gruppe bei der Preisverleihung wohl von dem Holocaust-Überlebenden Gad Beck, der an der Produktion von „Fremdsein in Deutschland“ beteiligt war: „Die Vergangenheit ist nicht vergangen. Ihr habt es geschafft, dieses Sprichwort zur Wirklichkeit werden zu lassen.“

Jeannette Goddar

Nähere Informationen: www.fremdsein.de

Bücherschau

Rolle des NS-Staats

Die einzige innerhalb Deutschlands während der nationalsozialistischen Diktatur ausgearbeitete kritische Analyse des Regimes stellte Ernst Fraenkels Buch „Der Doppelstaat“ dar. Kurz vor der Emigration des sozialdemokratischen Juristen abgeschlossen, erschien der Text erstmals 1941 in den USA und in einer Rückübersetzung 1974 in Deutschland. Binnen kurzer Zeit avancierte das zuvor weitgehend ignorierte Buch zu einem Klassiker der Interpretation des NS-Regimes. Fraenkel beschrieb darin die Grundprinzipien der Rechts- und Verfassungsentwicklung im Dritten Reich, die laut seiner Arbeitshypothese im Nebeneinander von „Maßnahmen-“ und „Normenstaat“ bestand. Unter Ersterem verstand er ein Herrschaftssystem der unbeschränkten Gewalt und Willkür, das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt ist und unter „Normenstaat“ ein Regierungssystem, das mit weitgehenden Herrschaftsbefugnissen zwecks Aufrechterhaltung der Rechtsordnung ausgestattet ist (Gesetze, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakte der Exekutive; vgl. S. 49).

Anhand von Entscheidungen der Straf-, Verwaltungs- und Zivilgerichte beschrieb der Jurist zunächst die Entstehung und Etablierung des Maßnahmenstaates, die mit der Auflösung des Rechtsstaates über die Beseitigung der gerichtlichen Nachprüfung und verfassungsrechtlichen Schranken verbunden war. Danach ging der Autor des „Doppelstaates“ auf die Fortexistenz des Normenstaates als Hüter der Rechtsinstitutionen ein, wobei insbesondere auf dessen Notwendigkeit zum Erhalt der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation und zur Regelung des ökonomischen Miteinanders verwiesen wurde. Der Normenstaat funktionierte offenkundig als das rechtliche Rahmenwerk für das Privateigentum (vgl. S. 237). Insofern bestehe ein enger Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung und dem „Doppelstaat“ als Herrschaftssystem. Die Rechtslehre des Systems sah Fraenkel von der Ablehnung des rationalen Naturrechts durch den Nationalsozialismus und der Forderung nach einem vom „Konkreten Ordnungsdenken“ (Carl Schmitt) geprägten gemeinschaftlichen Naturrecht geprägt.

Die Interpretation des nationalsozialistischen Herrschaftssystems als „Doppelstaat“ von „Maßnah-

me-“ und „Normenstaat“ bezog sich auf den Zeitraum von 1933 bis 1938. Insofern stand sie auch nicht im Gegensatz zu der 1942 vorgenommenen Deutung von Fraenkels Freund und Kollegen Franz L. Neumann, der den Nationalsozialismus als „Behemoth“, als „Un-Staat“ ansah. Die damit gemeinte stärkere Ausrichtung des Staates im Sinne eines „Maßnahmenstaates“ vollzog sich erst nach 1938.

Entgegen mancher Auffassungen aus der Sekundärliteratur gibt es keinen unauflösbaren Gegensatz zwischen den beiden Analysen von Fraenkel und Neumann, bezogen sie sich doch jeweils auf unterschiedliche Entwicklungsphasen des Regimes. Darauf macht der Herausgeber der Neuausgabe, Alexander von Brünneck, aufmerksam. Die Grundpositionen Fraenkels hinsichtlich der Unterscheidung von „Maßnahmen-“ und „Normenstaat“ sind von der späteren Forschung weitgehend übernommen und diese Begriffe ebenso wie die Bezeichnung „Doppelstaat“ akzeptiert worden. Auch wenn manche Passagen des Textes erst durch später bekanntes Material überholt und die Ausführungen über die rechtstheoretischen Aspekte des Naturrechts kritikwürdig sind, erwies sich Fraenkels frühe Analyse des Spannungsverhältnisses von „Maßnahme-“ und „Normenstaat“ als überaus treffend zur analytischen und begrifflichen Erfassung der Besonderheit des nationalsozialistischen Systems in der Zeit vor 1938. Daher ist auch die Neuausgabe von „Der Doppelstaat“ mehr als nur zu begrüßen.

Armin Pfahl-Traugher

Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat. Herausgegeben und eingeleitet von Alexander von Brünneck, Hamburg 2001 (Europäische Verlagsanstalt), 300 S., 25,10 EUR.

Hinweis

Berlin – Noch bis zum 30. September können sich Gruppierungen, die engagiert und ideenreich gegen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus sowie Diskriminierung und für den Respekt verschiedener Kulturen eintreten, für den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2002“ bewerben. Wie schon im Vorjahr sollen besonders kleine Organisationen angesprochen werden, die anderweitig kaum Unterstützung finden. Durch die Verdoppelung des Budgets auf 200 000 Euro haben jetzt wesentlich mehr Initiativen die Chance, Preise zwischen 500 und 5000 Euro zu erhalten.

Nähere Informationen beim Bündnis für Demokratie und Toleranz, Bundesallee 216 – 218, 10719 Berlin, Tel. 030/23 63 40 81; E-Mail: Buendnis@bundeshaus.de; www.buendnis-toleranz.de

Meldungen**Inland**

■ **Bamberg** – Einer der führenden Köpfe der verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour“, Bernd Peruch (Spitzname Pernod), hat sich offenbar aus der rechtsextremen Szene verabschiedet. Gegenüber Bekannten soll er gesagt haben, er habe „keinen Bock mehr auf die Szene“. Auch Peruchs Band „Hate Society“ hat sich aufgelöst. Den Restbestand seines Labels „Shoot Down Records“ (früher „Show Down Records“) hat Peruch an den Hamburger V7-Versand von Ingo Knauf verkauft. Möglicherweise wurden die „Ausstiegsgedanken“ des ehemaligen B&H-Aktivisten durch eine mehrmonatige Gefängnisstrafe ohne Bewährung beflügelt, die Peruch demnächst antreten muss.

■ **Berlin** – Das weltweit größte Online-Auktionshaus eBay hat kürzlich eine neue Kategorie namens „Freimaurer & Geheimbünde“ eingeführt. Im Angebot sind Bücher wie „Der Geheimbund der Illuminaten“ oder der seit 1998 vertriebene 120-minütige Videofilm „Geheimgesellschaften“, der ein Interview mit dem antisemitischen Verschwörungstheoretiker Jan van Helsing (= Jan Udo Holey) und dem 1997 verstorbenen Wiener Altnazi Wilhelm Landig, dem Autor einer Thule-Trilogie, zeigt. Hingewiesen wird bei ebay darauf, dass der Videofilm im Gegensatz zu den beiden Helsing-Büchern „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert, Teil 1 und 2“ noch nicht verboten sei: „Sichern Sie sich ein einmaliges Dokument und schauen Sie hinter die Kulissen von Politik und Hochfinanz!“ Im Mai 2000 berichtete der BnR, dass bei eBay die in der Bundesrepublik verbotenen Helsing-Bücher im Angebot waren.

■ **Dresden** – Der Prozess gegen sieben Aktivisten der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz soll am 12. September neu aufgelegt werden. Das am 5. August in Dresden eröffnete Verfahren musste wegen des Hochwassers nach drei Verhandlungstagen ausgesetzt werden. Den Angeklagten, unter ihnen der 28-jährige Thomas Sattelberg und der 23-jährige Thomas Rackow, wird die Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, gefährliche Körperverletzung, Volksverhetzung und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen.

■ **Eisenach** – In der Nähe der Wartburg (Eisenach, Haus Hainstein, Hainweg) will das rechtsextreme

Deutsche Kolleg am 19. und 20. Oktober einen „Schulungskurs Geschichte“ veranstalten. Die Referenten Reinhold Oberlercher und Horst Mahler stellen sich der Aufgabe, „einen Gesamtüberblick der deutschen Weltgeschichte und der idealistischen Geschichtstheorie anzubieten und diese religionsphilosophisch einzuleiten.“ Die letzte Veranstaltung des Deutschen Kollegs fand vom 15. bis 16. Juni ebenfalls in Thüringen statt. Vor Ort war unter anderem Klaus Kaping, einer der Köpfe der im März gegründeten Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden (ADL; BnR 8/02). Er zeigte sich anschließend „tief beeindruckt von ... der aufgezeigten Möglichkeit aus dem Teufelskreis der althergebrachten und vom System zur eigenen Machterhaltung benutzten gängigen Politrituale ... ausbrechen, und mit einer völlig neuen Konzeption, ja Weltanschauung absolut neue Wege zu gehen.“

■ **Erpolzheim** – Die Staatsanwaltschaft Frankenthal hat gegen den Mannheimer Skinhead Jayme Burkhardt (18) Anklage wegen versuchten Mordes in mehreren Fällen erhoben. Er hatte in der Nacht zum Ostermontag im pfälzischen Erpolzheim einen Brandsatz auf ein Wohnhaus geworfen, in dem Jugendliche aus der linken Szene eine Party gefeiert hatten. Das Feuer auf dem Dach konnte schnell gelöscht werden, verletzt wurde niemand. An dem Brandanschlag waren auch der Ludwigs-hafener Skinhead Christopher Berry und die beiden Hooligans Nico Roth und Benjamin Riedle, sowie Jaymes 15-jährige Freundin Nadja E. beteiligt. Die vier müssen sich wegen Beihilfe zum Mord verantworten.

■ **Karlsruhe** – Wie der Bundesgerichtshof (BGH) in einem am 19. August veröffentlichten Beschluss feststellt, dürfen selbst allgemein unbekannte Nazisymbole nicht in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Nach der Entscheidung des 3. Strafsenats liegt ein Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, das mit bis zu drei Jahren Haft geahndet wird, auch dann vor, wenn die Symbole keinen bestimmten Bekanntheitsgrad erlangt haben (Az.: 3StR495/01). Der BGH hob damit einen Freispruch des Landgerichts Berlin zu Gunsten eines Angeklagten auf, der auf seinem Jackenärmel ein schwarzes Stoffdreieck mit Goldumrandung und dem Wort „Schlesien“ getragen hatte – dem Hitler-Jugend-Kennzeichen zum Verwechseln ähnlich. Die Berliner Richter waren der Auffassung, der Paragraf 86a des Strafgesetzbuches setze voraus, dass auch der „Mann auf der Straße“ das Symbol einer verfassungswidrigen Organisation

zuordne. Das Kammergericht Berlin legte diese Frage dem BGH in Karlsruhe vor. Der entschied, dass nicht die Wiedererkennung, sondern die Symbolkraft der hiermit ausgedrückten politischen Überzeugung im Vordergrund stünde.

■ **Mainz** – Die Neonazi-Knastorganisation HNG bejubelt in ihrer Sommerausgabe die Freilassung des österreichischen Holocaust-Leugners Karl Polacek, vormals FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen. In derselben Ausgabe bedankt sich der gebürtige Wiener Polacek (Jg. 1934) „bei allen Kameradinnen und Kameraden, die ihn während seiner Haft in Griechenland betreut und unterstützt haben.“ Polacek hatte sich 1999 dem Antritt einer Freiheitsstrafe wegen NS-Wiederbetätigung entzogen und war untergetaucht. Kurz zuvor drohte er gegenüber den Justizbehörden: „Dafür werden sie ... die Rechnung bekommen, an der sie bis ins siebente Glied zahlen werden.“ Veröffentlicht wurden seine Zeilen in dem Neonazi-Blättchen „Sonnenbanner“ von Michael See, der private Kontakte zu Polacek unterhält. Ende vergangenen Jahres wurde Polacek in der griechischen Stadt Pyrgos verhaftet. Polacek gilt als Ziehvater des niedersächsischen Neonazis Thorsten Heise.

■ **Mindelheim** – Mit „Faustrecht“ hat sich überraschend eine der renommiertesten deutschen Skinhead-Bands aufgelöst. Wie die bayrische Gruppe auf ihrer Internetseite bekannt gibt, hat man sich aufgelöst, weil es zwischen einzelnen Mitgliedern Differenzen gab, „wie groß der Einsatz für die Band sein muss“. Man wolle die Combo nicht nur „des Namens wegen“ weiterführen. Allerdings will „Faustrecht“ am 21. September einen letzten Auftritt auf dem Ian-Stuart-Gedenkkonzert in Norditalien absolvieren. In rund acht Jahren hat Faustrecht drei CDs veröffentlicht. Die Trennung kam auch überraschend, weil erst im Juli die letzte Scheibe unter dem Titel „Klassenkampf“ erschienen war.

■ **München** – Unter der Losung „Gegen die Geschichtslügen politischer Ideologen – für die Ehre der Deutschen Wehrmacht“ mobilisiert die Neonazi-Szene zur Teilnahme an der „Großdemonstration des Nationalen Widerstandes“ am 12. Oktober in München. Die Anti-Wehrmachtsdemonstration wird auch von der NPD unterstützt. Als Redner sind neben anderen Christian Worch, Steffen Hupka, Reinhold Leidenforst (einst Wehrmacht-Jagdgeschwaders 102; Autor in der „National-Zeitung“) und Maria Schäfer (Teilnehmerin bei Veranstaltungen des „Freundeskreis Ulrich von Hutten“) angekündigt. Angemeldet wurde der Aufmarsch von Steffen Hupka.

tungen des „Freundeskreis Ulrich von Hutten“) angekündigt. Angemeldet wurde der Aufmarsch von Steffen Hupka.

■ **Nürnberg** – 9000 Personen fühlen sich der „Schlesischen Jugend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden verbunden.“ Dies gibt der Nürnberger Jürgen Hösl (Jg. 1978), Bundesvorsitzender der Schlesischen Jugend, in einem Interview mit der Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt“ (17. August 2002) bekannt. Hösl, der sich selbst als „Bekenntnis-Schlesier“ bezeichnet, führt seit Ende 2000 die Jugendorganisation der Landsmannschaft Schlesien. 1997 rühmte sich das CSU-Mitglied Hösl in einem Leserbrief im „Spiegel“, dass er „rein privat“ eine halbe Million „Nein zum Euro“-Aufkleber habe drucken und verbreiten lassen. Im gleichen Jahr wurde Hösl Regionalbeauftragter der Deutschland-Bewegung. Regionaler Schwerpunkt der Schlesischen Jugend ist laut Hösl Nordrhein-Westfalen mit 26 Gruppen. Der Kreisverband Düsseldorf der Schlesischen Jugend wünschte dem österreichischen Holocaust-Leugner Walter Ochensberger „alles Gute“ zum Jahresbeginn 2000. Den Gruß dokumentierte Ochensberger in seinem antisemitischen Hetzblatt „Phoenix“.

■ **Stralsund** – Wegen Volksverhetzung wurde der Stralsunder Neonazi Axel Möller, Betreiber der Homepage „Stoertebeker“, vom dortigen Amtsgericht zu sechs Monaten Freiheitsentzug, ausgesetzt zu zwei Jahren Bewährung, verurteilt. Leugnung der Existenz der Gaskammer im KZ Ravensbrück, Verunglimpfung Verstorbener und Beleidigung der Mitarbeiter der Gedenkstätte Ravensbrück waren die Anklagepunkte. Der ehemalige NPD-Funktionär Möller hatte im Internet und auf einem Flugblatt der NPD-nahen „Schülerinitiative für freie Meinungsbildung“ in Greifswald einen Text verfasst, in dem er die Existenz einer „angeblichen“ Gaskammer im KZ Ravensbrück anzweifelt. Auftragsgeber des Textes war der wegen Körperverletzung vorbestrafte Greifswalder NPD-Kreisvorsitzende Maik Spiegelmacher.

Ausland

■ **Frankreich (Mutzig)** – In Mutzig bei Straßburg, 30 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, hat die französische Polizei in der Wohnung eines 31-jährigen Mannes und seiner 30-jährigen Lebensgefährtin eine Munitionswerkstatt und rechtsextremes Propagandamaterial entdeckt. Beschlagnahmt wurden rund 16 000 selbst gebastelte Patronen, 14 000

Sprengköpfe, 9850 Zünder, 20 Schusswaffen, acht Kilo Sprengpulver und 8000 Geschosshülsen. Die Behörden vermuten, dass Munition und Waffen für rechtsextreme Gruppen bestimmt waren. Beide Verdächtigen haben einen Waffenschein und sind Mitglied in einem örtlichen Schützenverein.

■ **Italien (Triest)** – Die rechtsextreme italienische Gruppierung Nuovo Ordine Europeo (N.O.E) mit Sitz in Triest, führt am 12. Oktober eine Konferenz zum Thema „Erinnerung an die Millionen ziviler Opfer im Namen der Demokratien und ihrer Lügen“ durch. Tatsächlich steht im Mittelpunkt der Veranstaltung der historische Revisionismus. Zu den vorgesehenen Rednern des Kongresses zählen Ahmad Rami (Schweden), Vincent Reynouard (Frankreich), Ahmad Soroush Nejad (Iran), Gaston-Armand Amaudruz (Schweiz) und Rene-Louis Berclaz (Schweiz). Der Kongress der Holocaust-Leugner, der bereits zum dritten Mal von der N.O.E. organisiert wird, soll im Großraum Verona stattfinden.

■ **Österreich (Klagenfurt)** – Am 6. Oktober findet die traditionelle Ulrichsberg-Gedenkfeier bei Klagenfurt, Kärnten, statt. Organisiert wird die Zusammenkunft von der Ulrichsberggemeinschaft, in der auch Funktionäre der österreichischen SS-Veteranenorganisation „Kameradschaft IV“ zugehörig sind. Von den 2000 Teilnehmern im vergangenen Jahr waren unter anderem aus der Bundesrepublik Angehörige der Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, des Kameradenwerks Korps der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger und der Kameradschaft Freikorps Oberland angereist. Im Rahmen der Veranstaltungen des „Ulrichsbergtreffens“ wird der Klagenfurter Siegfried Lorber zum Thema „Die Wehrmachtausstellung – kein Blick in Richtung Wahrheit“ referieren. In der FPÖ-nahen Monatszeitschrift „Aula“ lamentierte Lorber unlängst: „Was sind wir für ein Volk, ... das seine Großvater-Generation in Ausstellungen als Mörder diffamiert“.

■ **Südafrika (Pretoria)** – Eine siebenwöchige Reise quer durch „Groß-Deutschland“ hat der vor 20 Jahren nach Südafrika ausgewanderte hessische NPD-Funktionär Horst Graefe jetzt im Sommer unternommen. In deutsch-sprachigen Kreisen in Südafrika ist Graefe neben Claus Nordbruch einer der bekanntesten Rechtsextremisten. Dieser Tage ist die 476. Ausgabe seiner „Unabhängigen Zeitung“ namens „Der Südafrika-Deutsche“ erschienen. In Die Wilgers bei Pretoria, einem Hort von deutschen

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
 Heft 18/2002 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

Alt- und Neonazis, betreibt Graefe einen „Hutten-Buchdienst“, der angeblich 10 000 einschlägige Bücher auf Vorrat hat. Der frühere „Nation&Europa“-Autor gehört der rechtsextremen Vereinigung „Friends of Freedom of Speech“ an, die sich für notorische Holocaust-Leugner wie Udo Walendy und Günter Deckert einsetzt. Während seines jetzigen Aufenthaltes in der Bundesrepublik traf Graefe unter anderem mit dem früheren NPD-Chef Günter Deckert, dem ehemaligen FAP-Funktionär Erhard Kemper, der als „Germanicus“ für das Graefe-Blatt „Der Südafrika-Deutsche“ zur Feder greift, und Peter Dehoust, dem Mitherausgeber von „Nation&Europa“, zusammen.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
 Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
 Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
 Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
 Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
 Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
 Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.